

Blessing, Klaus Blessing bei wikipedia > > >
(* 1936)

deutscher Politiker und Autor

ab 1980 Staatssekretär im Ministerium für Erzbergbau,
Metallurgie und Kali der DDR,
1989/1990 stellvertretender Minister für
Schwerindustrie der DDR

Aus:

Klaus Blessing,

95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung.
Eine Streitschrift für eine gerechte Welt.
edition berolina, Berlin 2017

WARUM IST DER IN EUROPA PRAKTIZIERTE SOZIALISMUS GESCHEITERT?

Wenn ich eine überwiegend positive Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR ziehe, die DDR aber trotzdem – wie andere sozialistisch orientierte Länder auch – gescheitert ist, stellt sich natürlich die Frage nach dem Warum. Diese Frage muss beantwortet werden – und zwar grundsätzlich und tabulos. Dafür gibt es sowohl objektive als auch subjektive Gründe:

Über zwanzig Jahre haben offensichtlich *nicht* ausgereicht, um diese Frage tiefgründig zu beantworten und die tiefe Schockstarre zu überwinden, die die Niederlage des praktizierten Sozialismus in Europa ausgelöst hat. Schlimmer: In diesen zwanzig Jahren ist es noch nicht einmal gelungen, eine weitgehend anerkannte schlüssige Analyse über die Ursachen dieser Niederlage auszuarbeiten und der Öffentlichkeit zu vermitteln. »Kommunismus« ist zu einem Schimpfwort verkommen, dessen alleinige Nennung die Geister von rosarot bis tiefschwarz hektisch auf das Podium oder in die Medien treibt, um Abscheu und Verdammung zu verbreiten. »Sozialismus«, modern zusätzlich mit der Tautologie »demokratisch« garniert, ist ein weitgehend undefiniertes Gebilde einer fernen Zukunft.

Es muss geklärt sein, warum eine richtige und »gute« Idee, ein angeblich »wissenschaftlich« begründetes Konzept so kläglich Schiffbruch erlitten hat. Dabei betone ich »tabulos«. Es macht keinen Sinn, von vornherein bestimmte Denkrichtungen auszuschließen, weil sie unbequem oder schmerzlich sind. Die Wahrheit zu kennen, ist manchmal schmerzlich. Aber die Wahrheit

zu kennen und sie zu verschweigen, ist töricht. Dabei ist das mit der Wahrheit in gesellschaftlichen Prozessen so eine Sache. Wie viele unumstößliche Wahrheiten wurden und werden verkündet? Wir können uns nur an die materialistische marxsche Auffassung halten: »Das objektive Kriterium der Wahrheit ist die Praxis als materielle Tätigkeit, in der die Ideen mit der objektiven Realität konfrontiert werden ... Hat diese Tätigkeit Erfolg, so beweist das die Richtigkeit derjenigen Erkenntnisse, die der Tätigkeit zugrunde gelegt wurden.«²⁸

Die Praxis des Gesellschaftssystems mit dem Namen »Sozialismus« ist schiefgegangen. Wo liegen die Ursachen für diese »Schiefelage«? Lassen wir die Verleumdungen und Diffamierungen beiseite, verbleibt doch eine große Anzahl von unterschiedlichen Erklärungsversuchen. Diese beschreiben, berechtigt oder unberechtigt, Erscheinungen für das Scheitern, ohne jedoch dabei die grundlegenden Ursachen aufzudecken. Überwiegend werden als wesentliche Einzelursachen genannt:

ÄUSSERE BEDINGUNGEN

- Der Sozialismus entstand zunächst in einem Land – der UdSSR
- Alle sozialistischen Länder waren keine führenden Industrieländer
- Die kapitalistische Umklammerung
- Die sozialistischen Länder mussten sich ständiger heißer oder kalter Kriege erwehren
- Das Wettrüsten
- Die sozialistischen Länder wurden ökonomisch erpresst

28 »Dialektischer und historischer Materialismus«. *Lehrbuch*. Dietz-Verlag 1979, S. 181.

- Die Entwicklung in allen Ländern wurde von der UdSSR geprägt
- Das ökonomische Zusammenwirken der sozialistischen Länder entsprach nicht den objektiven Notwendigkeiten

INNERE FEHLENTWICKLUNGEN

- Doktrinärer Führungsanspruch der Partei in allen Gesellschaftsbereichen
- Unzureichendes ökonomisches Entwicklungspotential
- Permanente Mangelwirtschaft
- Starres überzentralisiertes Wirtschaftssystem
- Ungenügende Förderung der Eigeninitiative der Werktätigen und Leiter
- Ungenügendes Eigentümerbewusstsein
- Unzureichende Entwicklung der sozialistischen Demokratie
- Wesentliche Einschränkungen der Bürgerrechte
- Personenkult, Verrat

Welche Rolle spielen diese Ursachenkomplexe? Treffen sie überhaupt das entscheidende Kettenglied? Mit dieser Komplexitätstheorie werden die weitgehend nicht zu leugnenden Einzelprobleme zu einem gordischen Knoten verknüpft, der offenkundig nicht lösbar ist. Ein Hauptkettenglied wird dabei nicht erkennbar.

Andere Auffassungen gehen durchaus von einem solchen Hauptkettenglied aus. Im Rahmen dieser Einzelkomplexe nimmt auf ökonomischem Gebiet offensichtlich das unzureichende ökonomische Zusammenwirken der sozialistischen Länder eine Schlüsselstellung ein. Es war nicht annähernd gelungen, einen einheitlichen

Wirtschaftsraum zu schaffen und das Gesamtpotential dieses Raumes koordiniert für die wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen. Es gab keine einheitliche Währung (der »transferable Rubel« war eine Verrechnungsgröße), kein wirksames einheitliches Banksystem, kaum untereinander abgestimmte wissenschaftlich-technische Entwicklungen (wer konnte, entwickelte Mikroelektronik selbst), nur wenige gemeinsame Investitionsobjekte, keinen gemeinsamen »Markt«. Der RGW war im Wesentlichen eine Austauschbörse national gefertigter Produkte.

Einige meinen, dass die fehlenden Freiheiten, die Missachtung wirklicher Demokratie die Hauptursache darstellten.

»Alle diese Ursachen haben eine gemeinsame Wurzel. Damit könnte man sie, ohne zu vereinfachen, in einer einzigen zusammenfassen: das Fehlen von Demokratie.«²⁹

»Der reale Sozialismus ist nicht gescheitert an den Prinzipien der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesamtgesellschaftlichen Planung, sondern vor allem an seinem entscheidenden Mangel, dem Fehlen von Demokratie.«³⁰

Dieser Auffassung widerspreche ich zunächst nicht. Es ist in der Tat so, dass die Entmündigung des Menschen, das nicht nur materielle, sondern vor allem auch geistig-ideologische Diktat der Parteiführung die Menschen in die Isolation trieb. Die Schönfärberei, das Verschweigen der realen Probleme, der Widerspruch zwischen Schein und Sein, das Nichtzulassen wirklich kritischer Debatten stieß viele Menschen, insbesondere die In-

29 Panajotis Aleku: *Sozialismus – Vergangenheit und Zukunft einer Utopie*. Schkeuditzer Buchverlag 2007, S. 81.

30 Conrad Schuhler. In: isw-Report Nr. 79, S. 31.

tellektuellen, vor den Kopf. Die Forderungen der Wendezeit bestanden deshalb vorrangig im Ruf nach Mitbestimmung, Ernst genommen werden, »wir sind das Volk«. Im Inneren entwickelten sich die unzureichende Gewährung der Bürgerrechte – insbesondere die unzureichende Meinungs- und Reisefreiheit – sowie die Entfernung der politischen Führung vom Volk zunehmend zum Konfliktpotential.

Andere Auffassungen sehen getreu der marxischen und leninschen Definition, dass die ökonomische Basis – die Produktivkräfte – das Entscheidende, Bestimmende bei der Gestaltung jeder Gesellschaftsordnung sind, die Hauptursache für die Niederlage in den wirtschaftlichen Problemen, letztlich im Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität gegenüber den führenden kapitalistischen Industrieländern. Sie beziehen sich dabei auf die bekannte und in der Tat die sozialistische Entwicklung bestimmende Aussage Lenins, dass die Arbeitsproduktivität das Wichtigste für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung sei. Das aber hat der praktizierte Sozialismus nicht zu erreichen vermocht.

Aus dieser Feststellung heraus sind grundsätzliche Überlegungen notwendig. Sie laufen auf die Frage hinaus, ob der gesellschaftspolitische Ansatz, dass die Arbeitsproduktivität letztlich über Sieg oder Niederlage des Sozialismus entscheidet, richtig ist. Das gesellschaftliche Konzept aller sozialistischen Staaten ging von dem Ziel aus, langfristig den Kommunismus zu errichten. Der Sozialismus war in diesem Verständnis ein Durchgangsstadium, eine Etappe auf dem Weg dahin.

Die Kernaussagen zur Kommunistischen Gesellschaft sind: Es herrscht allgemeines gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Durch die Entwicklung

der Produktivkräfte wird ein solcher Überfluss an Produkten erzeugt, dass jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann. Die Produkte werden aus einem gesamtgesellschaftlichen Konsumtionsfonds nach diesen Bedürfnissen unentgeltlich verteilt, es gibt keinen Kauf und Verkauf, folglich kein Geld. Jeder arbeitet unbezahlt nach seinen Fähigkeiten, Arbeit wird zum ersten Lebensbedürfnis. Dadurch wird die völlige soziale Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder erreicht. Klassen gibt es nicht mehr, der Staat stirbt ab. Alle Mitglieder beteiligen sich an der demokratischen Leitung der Gesellschaft.

Ich vermag nicht zu beurteilen, ob eine solche Zielstellung im 19. Jahrhundert realistisch war. Im 20. und erst recht im 21. Jahrhundert ist sie glatte Utopie. Die Orientierung der Gesellschaft auf eine Welt, in der das Individuum nach seinen Bedürfnissen leben kann, mochte in einer Welt, in der 1,5 Milliarden Menschen lebten (1850), für diese eine politisch mobilisierende Wirkung gehabt haben. In einer heutigen Welt mit 7 Milliarden Erdenbewohnern und in wenigen Jahrzehnten vielleicht 10 Milliarden ist sie eine Illusion. Wie viele Planeten wollen wir dafür benötigen? Unabhängig davon bleibt die Frage: Ist diese Orientierung überhaupt »kommunistisch«? Das Ideal der Menschheit kann doch nicht im grenzenlosen Konsum liegen – selbst wenn man darunter kulturelle Güter einschließt. Ein solches Ideal orientiert sich am kapitalistischen Konsumverhalten, will den Kapitalismus auf diesem Gebiet sogar übertreffen.

Folgerichtig wurde auch für die erste Stufe der kommunistischen Gesellschaft – den Sozialismus – im Rahmen der Hauptaufgabe die »immer bessere Befriedigung der

materiellen und kulturellen Bedürfnisse auf der Grundlage der höchsten Steigerung der Arbeitsproduktivität« ins politische Zentrum gestellt.

Diese Orientierung wirft grundsätzliche Fragen auf. Es geht darum, ob der Vergleich der Arbeitsproduktivität zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Land überhaupt geeignet ist, ein Werturteil über die Gesellschaft abzugeben. Aus heutiger Sicht ist diese Frage eher zu verneinen. Arbeitsproduktivität stellt das Ergebnis des Wirtschaftens (Güter und Dienstleistungen) ins Verhältnis zum dafür eingesetzten Arbeitsaufwand. $Arbeitsproduktivität = Leistung / Arbeitsaufwand$.

Folglich: Je mehr Güter und Leistungen erzeugt und/oder je weniger Arbeit dafür verausgabt wird, desto höher ist die Produktivität. Beide Entwicklungsrichtungen sollten in der heutigen Zeit in entwickelten Industriestaaten nicht mehr das Hauptziel wirtschaftlicher Tätigkeit sein. Überfluss an Produkten bedeutet zunehmende Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung. Einsparung von Arbeit kann in einer Zeit, die national und erst recht international von ungenutzten Arbeitsvermögen überquillt, nicht mehr vorrangiges Ziel des Wirtschaftens sein. Ein Wettbewerb zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten um höchste Produktivität ist durch Erstere nicht zu gewinnen. Das Kapital verfügt über Ausbeutungsmethoden von Natur, Mensch und Entwicklungsländern, die für den Sozialismus a priori nicht zu beschreiten sind. Sozialismus schließt ein, in der produktiven Sphäre wesentliche Leistungen der sozialen und kulturellen Betreuung, der Erholung und des Sportes, der Wohnungswirtschaft und des Feriendienstes durch-

zuführen, die das Kapital ausgliedert und den Marktmechanismen überlässt. Sozialismus bedeutet auch, internationale Solidarität zu üben und Entwicklungsländern zu helfen und diese nicht auszubeuten. Sozialistische Wirtschaftsführung ist deshalb an anderen Kriterien zu messen als kapitalistische Wirtschaftsführung. Die auch in linken Kreisen anzutreffende hochnäsige Be- und Verurteilung der sozialistischen Planwirtschaft als »unproduktive Mangelwirtschaft« zeugt von einem bürgerlich-kleinkarierten Denken.

Meines Erachtens folgt aus diesen Betrachtungen: Das gesellschaftspolitische Ziel Kommunismus im Sinne der maximalen Befriedigung der Bedürfnisse ist zu den geschichtlichen Akten zu legen, weil es unrealistisch und falsch ist. Etwas anderes ist die Frage, ob sich Parteien und politische Strömungen als »kommunistisch« in dem Sinne bezeichnen, dass sie sich von anderen Bewegungen abgrenzen. *Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits ... die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten* – heißt es im *Kommunistisches Manifest*.

Der künftige Weg der Menschheit kann nicht in den Kommunismus führen, sondern »nur« in den Sozialismus, der natürlich bestimmte kommunistische Ideale übernimmt. Thomas Mann: »Der Zukunft aber gehört er (der Kommunismus) insofern an, als die Welt, die nach uns kommt ..., schwerlich ohne kommunistische Züge vorzustellen ist: das heißt, ohne die Grundidee des gemeinsamen Besitz- und Genussrechtes an den Gütern

der Erde, ohne fortschreitende Einebnung der Klassenunterschiede, ohne das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit für alle.«³¹

Warum ist der reale Sozialismus gescheitert?

Erstens: Dem Realsozialismus lag eine unrealistische gesellschaftliche Zielstellung zugrunde: den Kapitalismus auf seinem ureigenen Gebiet überholen zu wollen, bei Konsumtion, Produktivität und Effektivität. *Zweitens:* Die Ausgestaltung des praktizierten Sozialismus in Europa erfolgte durch eine dogmatische Auslegung des Marxismus-Leninismus, die es unterband, rechtzeitig und schöpferisch auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. *Drittens:* Die Führung hatte sich immer mehr vom Volk entfernt, war nicht bereit und in der Lage, das Volk wahrheitsgemäß zu informieren und in die Lösung der Probleme schöpferisch einzubeziehen. *Viertens:* Die Folge war eine Unterschätzung und Unterentwicklung der sozialistischen Demokratie und der persönlichen Freiheiten, geopfert der führenden Rolle der Partei (-führung und -bürokratie). *Letztlich* mündeten alle Mängel in einer falschen Einschätzung der menschlichen Natur. Der Mensch wurde als Gattung »Gutmensch« behandelt, was er sowohl an der Spitze der Gesellschaft als auch in der Breite der Gesellschaft umfassend nicht war.

Aus: *Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte! Eine Streitschrift.* edition berolina 2014.

31 Zitiert nach: Hans Dieter Schütt »... auch die Herren sollen arbeiten«. In: *Neues Deutschland*, 7. April 2011.

WELCHE ROLLE SPIELTE DER SUBJEKTIVE FAKTOR BEIM UNTERGANG DER DDR?

Der Zusammenbruch des Sozialismus und die würdelose und bedingungslose Angliederung der DDR an die BRD hatte nicht nur objektive, sondern in nicht unerheblichem Maße auch subjektive Ursachen. Diese aufzudecken, war notwendig, um die Frage zu beantworten, warum ein fortschrittliches Staatswesen so kläglich scheitern konnte – und was daraus für heutige Auseinandersetzungen mit dem internationalen Kapital zu lernen ist:

Es ist falsch, den Ausverkauf der DDR an einem Ereignis, einer Institution oder Person festzumachen. Das Drama lief in sieben Akten ab, hatte Prolog und Epilog.

DIE VERKAUFTE DDR – EIN DRAMA IN SIEBEN AKTEN
MIT EINEM PROLOG UND EINEM EPILOG

Prolog: Nazistische Annexionsgelüste – Hauptdarsteller: Alt-Nazis, Konrad Adenauer

1. Akt: Lebensfremde Vision – Hauptdarsteller: Walter Ulbricht
2. Akt: Gefährliche Annäherung – Hauptdarsteller: Honecker, Mittag, Schalck
3. Akt: Die falsche Fährte – Hauptdarsteller: Schürer, Schalck
4. Akt: Fatale Illusionen – Hauptdarsteller: Modrow, Luft, Wolfram Krause
5. Akt: Die ökonomische Atombombe – Hauptdarsteller: Kohl, Waigel, Köhler
6. Akt: Die Hilflosen – Hauptdarsteller: de Maizière, Günther Krause

7. Akt: Einmarsch der Verbrecher – Hauptdarsteller:
Waigel, Breuel
- Epilog: Die Folgen des Wahnsinns – Hauptdarsteller:
Die Bundesregierung

Prolog: Nazistische Annexionsgelüste. Das Drama beginnt bereits unmittelbar nach der Entstehung beider deutscher Staaten im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Auf Anweisung Konrad Adenauers wird der Forschungsbeirat für gesamtdeutsche Fragen ins Leben gerufen. Er arbeitet detaillierte Dokumente und Instrumentarien für den Fall X, die Übernahme der DDR, aus. Der Forschungsbeirat wird geleitet und ist besetzt mit »namhaften« Nazigrößen mit Erfahrung bei der ökonomischen Annexion besetzter Gebiete. Man beeilt sich mit der Arbeit und legt bald Einzeldokumente zur Währungsreform, Beseitigung der Bodenreform, Privatisierung der Wirtschaft, Abbau der Sozialstandards und anderes vor. Der Aufbau der Bundesrepublik wird durch Marshallplan und Millionen Zuwanderer aus Ostgebieten forciert. Die DDR zahlt die gesamtdeutschen Reparationen. Diese bestehen vor allem auch in einer Strukturierung der Wirtschaft der DDR, die mehr den Interessen der UdSSR entspricht. Durch Überakkumulation verliert die DDR in der Zeit der offenen Grenzen mehrere Millionen Arbeitskräfte.

1. Akt: Lebensfremde Vision. Trotzdem wird von Walter Ulbricht Anfang der sechziger Jahre das Ziel ausgegeben, die Bundesrepublik innerhalb von 20 Jahren auf dem Gebiet von Produktivität und Konsum nicht nur einzuholen, sondern zu überbieten. Diese lebensfremde Illusion zieht sich als Leitmotiv durch alle Akte

des Dramas. Experimente mit dem Neuen Ökonomischen System sollen die Erreichung dieses Zieles unterstützen.

2. Akt: Gefährliche Annäherung. Mit der Machtübernahme durch Erich Honecker wird die wirtschaftspolitische Zielstellung in die Formel der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« gegossen. Nach wie vor wird die Illusion aufrechterhalten, westdeutsches Produktivitätsniveau zumindest erreichen zu können. Die Realität entfernt sich immer mehr von diesen Illusionen. Führungskräfte um Günter Mittag, Alexander Schalck, Gerhard Beil erkennen zunehmend, dass im Verbund des RGW diese Ziele Illusion bleiben. Sie beginnen eine Politik der vorsichtigen politischen und wirtschaftlichen Annäherung an die BRD. Vage, nie zu Ende gedachte Vorstellungen von einer deutsch-deutschen Konföderation entstehen. Dieser Weg wird geduldet und gedeckt vom Generalsekretär Erich Honecker, dem persönliche Ambitionen zu einer Annäherung an die BRD angemessen erscheinen. »Betonköpfe« in der Führung der DDR stellen sich diesem Kurs mehr oder weniger entschieden entgegen, beharren auf der politischen und ökonomischen Bindung an die UdSSR. Politische Grundsatzdebatten über den »richtigen« oder »gangbaren« Weg werden nicht geführt.

3. Akt: Die falsche Fährte. Es bilden sich politisch und ökonomisch eigene Machtstrukturen heraus. Besondere Bedeutung dabei hat Wirtschaftssekretär Günter Mittag, der sich unter Ulbricht und Honecker für die Wirtschaft als »unersetzlich« etabliert hat. Unter seiner direkten Unterstellung erlangt der Bereich Kom-

merzielle Koordinierung und deren Leiter Alexander Schalck-Golodkowski besonderes Gewicht. Ökonomisch drängt dieser im Außenhandel mit kapitalistischen Ländern den Staatlichen Sektor unter Verantwortung von Gerhard Schürer immer weiter zurück, betreibt eigene Milliardenengeschäfte auch zulasten des Staates DDR und hortet Devisen für den Tag X. Wahrheitsgemäße Informationen zur Devisenlage werden von ihm mit Duldung Mittags unterschlagen. Politisch wird Schalck als Vertrauter des Generalsekretärs für die Öffnung gen Westen immer bedeutungsvoller. Als sich die politische Situation 1989 zuspitzt und eine »neue« Führung in der DDR etabliert wird, leisten Alexander Schalck und Gerhard Schürer den »Offenbarungseid«. Die DDR wird wahrheitswidrig für zahlungsunfähig erklärt. Schalcks Devisenbestände in Höhe von vielen Milliarden werden verschwiegen.

4. Akt: Fatale Illusionen. Mit diesem Rucksack belastet ist die Regierung Modrow gegenüber der übermächtigen BRD praktisch handlungsunfähig. Die Treuhand wird mit der Erklärung gegründet, Volkseigentum zu erhalten. Der Versuch Modrows, auf dieser Grundlage eine »sozialistische Marktwirtschaft« zu installieren und die DDR zu erhalten, ist zum Scheitern verurteilt. Von seiner Wirtschaftsministerin Christa Luft werden marktwirtschaftliche Schritte eingeleitet, die über dieses Ziel hinausgehen. Eine Marktwirtschaft pur auf Grundlage des Privateigentums mit der Illusion einer sozialen Abfederung wird anvisiert. Entsprechende Gesetze zur Privatisierung der Volkseigenen Wirtschaft werden verabschiedet.

5. und 6. Akt: Die ökonomische Atombombe und die Hilflosen. Das westdeutsche Kapital übernimmt in einer politisch immer labiler werdenden Situation zunehmend die Federführung bei der Umgestaltung der DDR-Wirtschaft. Unter persönlicher Entscheidung von Kohl wird am 1. Juli 1990 die Währungsunion durchgeführt. Damit wird die eigenständige DDR-Wirtschaft liquidiert. Die im Ergebnis von leeren Versprechungen und Illusionen durch »freie« Wahlen gebildete Volkskammer wird zum Vollzugsorgan westdeutscher Interessen. Der Regierung de Maizière und seinem Staatssekretär Günther Krause bleibt die Aufgabe, eine würdelose Angliederung an die BRD zu bewerkstelligen.

7. Akt: Einmarsch der Verbrecher. Zur Abwicklung wird im letzten Akt dieses Dramas auf Geheiß von Kohl und Waigel die »Treuhand«-Anstalt zu einem Organ der bedingungslosen Privatisierung umfunktioniert. Birgit Breuel führt diese Aufgabe ohne Rücksicht auf Verluste zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber und zulasten von Millionen Menschen der DDR durch. Das von den Bürgern der DDR in jahrzehntelanger entbehrungsreicher Arbeit geschaffene Volksvermögen wandert in die Privattaschen der bundesdeutschen Kapitaleliten. Damit ist die sozialistische DDR in den Schlund der kapitalistischen BRD aufgesogen.

Epilog: Die Folgen des Wahnsinns. Alle realitätsfremden Illusionen über Kooperation oder Konföderation sind geplatzt. Die heutigen »neuen Bundesländer« hängen am Tropf der alten. Das wirtschaftliche und soziale Niveau hinkt weit hinter dem der alten Bun-

desländer zurück. Politisch sind die Menschen dem kapitalistischen System ausgeliefert.

Aus: *Wer verkaufte die DDR? Wie leitende Genossen den Boden für die Wende bereiteten.* edition berolina 2016.

WAS IST EINE »SOZIALISTISCHE ZUKUNFT«?

Um einer sozialistischen Gesellschaft als einziger wirksamer Alternative zum real existierenden Kapitalismus eine Zukunft zu geben, muss sie neu definiert werden. Sie muss ihre eigenständigen Vorzüge für die Mehrheit der Menschen klar zum Ausdruck bringen und sich nicht als bessere Konkurrenz zum Kapitalismus darstellen. Sie ist nicht die Vorstufe zum Paradies einer kommunistischen Gesellschaft, in welcher jeder nach seinen Bedürfnissen lebt. Sie ist auch keine ideale Gesellschaft ohne Widersprüche und Probleme. Vielmehr ist sie eine selbständige, realistische und notwendige Alternative zu einem Kapitalismus, der dabei ist, die Welt zu zerstören. Eine sozialistische Gesellschaft ist vorrangig geprägt durch ein Wirtschaftssystem, das die materielle Gleichstellung der Menschen nach der Leistung beinhaltet. Soziales Markenzeichen ist Arbeit für alle, mit der der Lebensunterhalt selbstbestimmt bestritten werden kann. Sie ist durch Verteilungsgerechtigkeit geprägt. Sie sollte nicht vordergründig ökonomisch an höchster Effektivität und Produktivität im Vergleich zum Kapitalismus gemessen werden. Sozialistische Gesellschaften können auf hoher und auf niederer Stufenleiter gestaltet werden. Sie schließen Demokratie und Freiheit ein. Diese können aber nur auf Grundlage sozialer Sicherheit gedeihen. Demokratie und Freiheit sind keine Werte an sich und für sich, sondern werden entsprechend der sozialistischen Gesamtentwicklung gestaltet. Sozialismus ist immer zugleich Internationalismus und Friedenspflicht. Sozialismus auf Kosten anderer Völker kann es nicht geben.

Albert Einstein über den Sozialismus:

»Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zu dieser Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen ... Diese Lähmung der Einzelnen halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert, und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen.

Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst, und ihr Gebrauch wird geplant. Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die durchzuführende Arbeit unter all denjenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten, und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, dass die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer angeborenen Fähigkeiten einen Verantwortungssinn für die Mitmenschen entwickeln, anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft.

Dennoch ist es notwendig festzuhalten, dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen. Sozialismus erfordert die Lösung einiger äußerst schwerwiegender soziopolitischer Probleme: Wie ist es angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Kräfte möglich,

eine Bürokratie daran zu hindern, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt und dadurch ein Gegengewicht zur Bürokratie gesichert werden?

In unserer Zeit des Wandels ist Klarheit über die Ziele und Probleme des Sozialismus von größter Bedeutung.«⁶²

Ich halte eine offene und zielstrebige Debatte über eine sozialistische Zukunft heute und jetzt für überlebenswichtig für die Menschheit. Dabei sollten wir uns davon lösen, Sozialismus als einen fertigen Zustand zu definieren, der in 10, 20 oder erst in 50 oder gar 100 Jahren erreicht ist nach der Devise: Heureka, jetzt ist er da, der Sozialismus, beschlossen von einer klugen Parteiführung oder Regierung! Eine sozialistische Gesellschaft sollte in einem lebendigen Prozess für jetzt lebende Menschen entstehen. Er wird auf unterschiedlichen Stufen ablaufen und in unterschiedlichen Territorien auch eine unterschiedliche Gestaltungsform annehmen. Wichtig ist, dass dieser Prozess von Anfang an bestimmten grundsätzlichen Anforderungen entspricht, die ich aus meiner Sicht dargelegt habe. Auch diese Anforderungen werden in unterschiedlicher Qualität und Quantität entsprechend den gegebenen Entwicklungsbedingungen umgesetzt werden. Die unwiderrufliche Trennlinie zwischen sozialistischer und kapitalistischer Gesellschaft verläuft in der Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Überwiegend der Allgemeinheit dienendes gesellschaftliches Eigentum ist Sozialismus; überwiegend der Bereiche-

62 Albert Einstein: »Warum Sozialismus?« – Veröffentlicht in der ersten Ausgabe von: *Monthly Review*, New York, Mai 1949. Zitiert in: »Links der Dahme«, Januar 2006.

rung einer kleinen Schicht dienendes Privateigentum ist Kapitalismus. Darauf bauen alle anderen Gestaltungsmaximen auf.

Aus: *Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte!*
Eine Streitschrift. edition berolina 2014.

EIN HANDLUNGSKONZEPT ZUR ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS

Die Annexion der DDR wurde über Jahrzehnte in Bonner Regierungsstuben detailliert konzipiert. Vom Forschungsbeirat für gesamtdeutsche Fragen lagen Einzelempfehlungen über die Enteignung der volkseigenen Betriebe, die Rücknahme der Bodenreform, die Währungsreform, zur Zerschlagung der Gewerkschaften und vieles andere vor, die 1989/90 – entgegen der Auffassung eitler und selbstverliebter Politiker, die vorgeben, erst alles erfunden zu haben – aus den Panzerschränken geholt wurden. Etwas Entsprechendes braucht die europäische und speziell die deutsche Linke, um nicht erneut konzeptionslos der politischen Entwicklung nachzulaufen, wenn die historischen Bedingungen zu grundlegenden Veränderungen herangereift sind. Dazu bedarf es nicht nur ausdiskutierter Grundsätze, sondern eines ausgereiften Handlungskonzeptes.

Fragestellungen für ein Handlungskonzept zur Überwindung des Kapitalismus

1. Wie wird Privateigentum in Volkseigentum überführt?
 - Bodenschätze, Grund und Boden, Wälder, Seen
 - Öffentliche Güter – Wohnung, Gesundheitswesen, Energieversorgung, Transport
 - Finanzwesen – Banken, Versicherungen
 - Schwerindustrie
 - In welchem Umfang ist Privateigentum zweckmäßig
 - Wie wird die Bevölkerung am Volkseigentum beteiligt
 - Welche reale Mitbestimmung gibt es

2. Wie wird Vollbeschäftigung gesichert?
 - Wochenarbeitszeit, Urlaub, Renteneintritt
 - Staatliche und betriebliche Rechte in der Arbeitszeitgestaltung

3. Wie werden die Finanzbeziehungen gestaltet?
 - Einschränkung der Bankstrukturen und Konzentration auf die Kernaufgaben
 - Verbot von Spekulationen
 - Auslandsverkehr
 - Preisgestaltung
 - Abgabenordnung

4. Wie wird ein volkswirtschaftlich vernünftiges Plansystem gestaltet?
 - Zentrale Steuerung
 - Eigenverantwortung

5. Wie wird die Staatsmacht demokratisiert?
 - Wahlverfahren und Rechenschaftspflicht
 - Gerichtsbarkeit
 - Volkskontrolle

6. Wie wird die Medienlandschaft neu konzipiert?

Niemand möge sich der Illusion hingeben, dass der Zerfall der kapitalistischen Ordnung um Europa und Deutschland einen Bogen machen wird. Er ist bereits in vollem Gange. Es gilt, keine weitere Zeit zu verlieren und national wie international die Kräfte zu bündeln, die tatsächlich die Überwindung dieses todkranken Systems wollen.

Dazu sind neue Kräftekonstellationen notwendig. Die entscheidende Frage für die Umgestaltung einer Gesellschaftsordnung in eine andere ist die Frage der Macht. Wie gelingt es, ein wie auch immer noch existierendes, mit allen Machtmitteln ausgestattetes Staatswesen grundlegend zu verändern?

Die Utopien von der Veränderung an der Wahlurne oder die Transformation der Gesellschaft in klitzekleinen Schritten sind bevorzugte Varianten, die niemandem wehtun. Bei meinen Recherchen zu dieser Problematik bin ich jedoch auf einen Konferenzbeitrag einer lateinamerikanischen Politikwissenschaftlerin gestoßen, der die Erfahrungen ihres Subkontinentes verallgemeinert und Anlass zu tiefem Nachdenken sein sollte. Sie betont die notwendige Einheit von Ziel und Mittel. »Wenn wir das trennen wollten, dann wollen wir die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Oder die Macht übernehmen, ohne die Welt zu verändern.«⁶⁶

Wir wollen keinen Kapitalismus ohne Kapitalisten

Die Autorin stellt die Machtfrage in völlig neuen Zusammenhang, und zwar nicht in einer irgendwie angelegten Führung von »oben«, sondern als Macht von »unten«. Sie geht davon aus, dass die Machtfrage nicht aus dem Studium von theoretischen Texten, sondern aus der Praxis der sozialen Bewegungen heraus neu gefasst werden muss. »Die sozialen Bewegungen sind

66 Isabel Rauber, Argentinische Politikwissenschaftlerin und Philosophin, Universität Havanna, Konferenzbeitrag 2006 in: »Lateinamerika im Aufbruch«. In: *Helle Panke*, Heft 85, S. 39 ff.

entstanden als ein Ausdruck der Verzweiflung der Armen, ihres Bewusstwerdens, dass sie allein gelassen sind.« Sie wendet sich gegen das Dogma, dass die Veränderung der Macht von der Arbeiterklasse ausgeht und es notwendig sei, dazu einer Partei anzugehören. »Die Arbeiterklasse kann es nicht tun, denn das zentrale Problem dieser Gesellschaft in der ganzen Welt ist das der Arbeit. Die politischen Parteien müssen sich verändern. Wenn man sich nur auf die politischen Parteien beschränkt und die sozialen Bewegungen außer Acht lässt, dann hat man keinen Erfolg. Diese eingeschränkte Politik der Parteien bedeutet, dass man sich auf die institutionelle Frage von Wahlen beschränkt, anstatt eine gesellschaftliche und politische Kraft für Veränderungen aufzubauen. Unsere Parteien richten sich im Wesentlichen auf die Diskussion über die Besetzung von Posten und die parlamentarische Vertretung.

Solche Fragen wie ›Wer ist links?‹ – das sind nicht die Fragen. Politik muss sich darauf orientieren, in jeder konkreten Situation die Potentiale aufzugreifen, die vorhanden sind, um die eigenen Kräfte zu stärken. Venezuela zeigt, dass Regierung nicht Macht bedeutet, sie ist ein Teil der politischen Macht. Ebenso wenig ist der Staat die Macht, er ist ein Werkzeug zur Veränderung. Das zeigt, dass man die Welt verändern kann. Man muss aber wissen, wie, mit dem Volk als Handlungsträger, nicht mit dem Volk als Handlungsträger, das irgendwie gesteuert werden muss. Venezuela lehrt uns, dass man sich mit den vorgefundenen staatlichen Strukturen auseinandersetzen muss und einen Parallelstaat aufbauen muss.

Unser gesamter Begriff von der sozialistischen Gesell-

schaft war auf dem Begriff der Gegenmacht aufgebaut, und als Gegenmacht hatten diese Gesellschaften viele Übel übernommen, die aus der Logik des Kapitals überliefert waren, denn die Macht wurde nach dem Modell des Kapitals, der beherrschten Gesellschaft aufgebaut, nur umgekehrt. Wir wollen aber eine andere Macht, die Schluss macht mit der Logik des Kapitals. Wir wollen keinen Kapitalismus ohne Kapitalisten. Das ist es, was wir neu erfinden müssen: alle gemeinsam aufzubauen, von unten her.«

Ohne zu wiederholen und zu interpretieren: Diese Gedanken und Erfahrungen aus Lateinamerika sind grundlegend und wegweisend. Sie sind das genaue Gegenteil von den illusionären Vorstellungen der Reformations- und Transformations-»Sozialisten«, die auf den emanzipatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Ära aufbauen wollen. Die Europäische Linke ist in die Situation gekommen, dass nicht sie ihren jahrhundertalten Erfahrungsschatz den um eine bessere Welt ringenden Völkern vermittelt, sondern von diesen grundlegende Erfahrungen vermittelt bekommt. Ein Armutszeugnis für die europäischen Linken ohnegleichen.

Dabei dürfte die Gedankenwelt einer Gegenmacht von unten denen der deutschen Arbeiterklasse nicht so fremd sein. Über den Gründungsparteitag der KPD im Januar 1918 kann man nachlesen: »Die auf dem Parteitag vorgetragenen organisationspolitischen Vorschläge zielten nicht auf die Verankerung eines die Mitglieder entmündigenden demokratischen Zentralismus, sondern sahen autonome Basisorganisationen in Betrieben und Wohngebieten vor. Nicht eine das Volk vertretende Vorhutpartei, nicht irgendwelche Be-

hörden oder Institutionen, sondern die Massen selbst sollten ihre wirklichen Interessen wahrnehmen und durch eigene Aktivität, Schritt um Schritt den Sozialismus ins Leben einführen.«⁶⁷

Das Szenario der weltweiten gesellschaftlichen Veränderung zeichnet sich ab: Je mehr Blöcke sich vom internationalen Kapital abnabeln, umso mehr werden diesem die Verwertungsbedingungen entzogen. Das Beispiel Lateinamerika wird Schule machen, je erfolgreicher es sich entwickelt.

Mit umso größerer Härte und Konzeptionslosigkeit wird das Kapital die Ausbeutung und Entwürdigung des menschlichen Wesens in seinen noch bestehenden Einflussspären vorantreiben. Die Exzesse in Südeuropa sind erst der Anfang. Dadurch bildet sich eine immer größere Schicht der Ausgestoßenen, die letztlich die Hemmschwelle durchbricht und in sozialen und politischen Massenbewegungen grundlegende Veränderungen erzwingen wird. Die Bevölkerungsexplosion in den ärmsten Ländern wird ihren traurigen Beitrag dazu leisten. Die Milliarden Menschen, die in den nächsten Jahrzehnten hinzukommen, werden überwiegend in bitterste Armut hineingeboren. Der soziale und politische Sprengstoff steigt immens.

Es bleibt die Frage, wie dieser Sprengstoff so gezündet werden kann, dass er in positive Bahnen gelenkt wird. Alle wesentlichen politischen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten – ob als Revolution, Konterrevolution oder spontane Erhebung, mit welchem Ergebnis auch immer – haben ihren Ausgangspunkt in Erhebungen von großen Teilen des Volkes genommen,

67 Günter Benser: »Geburtsfehler und Illusionen?« In: *Neues Deutschland*, 4./5. Januar 2014.

nicht durch Parteien und Parlamente. Dabei heißt Revolution nicht automatisch Gewalt. Revolution heißt: Grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. »Daraus entsteht die Frage, welche Bedingungen vorhanden sein müssen, um eine solch prinzipielle Umgestaltung einer Gesellschaftsformation gewaltfrei vornehmen zu können. Offensichtlich bestehen diese Bedingungen darin, dass das bis dahin in diesen Ländern herrschende System innerlich so ausgehöhlt, so uneffektiv, so erfolglos geworden ist, dass sich kaum eine Hand zu seiner Aufrechterhaltung oder gar Verteidigung rührt. Das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung in die politische Führung war verloren und ihre Glaubwürdigkeit preisgegeben.«⁶⁸ Das Hoffen auf ein höheres Wesen, ob Gott, König, Partei, Regierung oder Parlament, erweist sich als Illusion. Nur wenn die Völker ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen, ist Veränderung möglich und wird letztlich auch erfolgen.

Aus: *Die sozialistische Zukunft. Kein Ende der Geschichte! Eine Streitschrift.* edition berolina 2014.

68 Herbert Meißner – unveröffentlicht.